



# Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Mali – Januar bis Juni 2022

01. Juli 2022

## 03. Januar 2022

### **Übergangsregierung schlägt Verschiebung der Wahlen um bis zu fünf Jahre vor**

Medienberichte zufolge hat Malis militärische Übergangsregierung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vorgeschlagen, die ursprünglich für Februar 2022 vorgesehenen demokratischen Wahlen um bis zu fünf Jahre zu verschieben. Dies habe der Außenminister der Übergangsregierung, Abdoulaye Diop, in einer Fernsehansprache am 01.01.22 erklärt. Nach Auffassung der Militärregierung sei der Vorschlag angemessen, um politische und institutionelle Reformen durchzuführen. Eine Koalition von zehn politischen Parteien habe den Plan dagegen als unzumutbar und einseitig abgelehnt. Die Ankündigung folgte einem viertägigen nationalen Forum zur Rückkehr des Landes zu einer Zivilregierung in der Hauptstadt Bamako (assises nationales de la refondation), bei den Medienberichten zufolge am 30.12.22 eine Verschiebung der Wahlen um einen Zeitraum von sechs Monaten bis zu fünf Jahren vorgeschlagen wurde.

Auf die seit zwei aufeinanderfolgenden Putschen im August 2020 und Mai 2021 herrschende Militärregierung unter Assimi Goïta wird internationaler Druck ausgeübt, den Übergang zu einer zivilen Regierung zu ermöglichen. So hatte ECOWAS Medienberichten zufolge bereits Sanktionen gegen Amtsträger verhängt und weitere angedroht, sollte es zu weiteren Verzögerungen kommen. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft habe für den 09.01.22 ein Gipfeltreffen zu der Situation in Mali anberaumt.

## 10. Januar 2022

### **ECOWAS verhängt neue Sanktionen**

Aufgrund der von der Militärjunta angekündigten Verschiebung der Wahlen um fünf Jahre (vgl. BN v. 03.01.22), wurden von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) auf einem Sondergipfel in Accra am 09.01.22 mit sofortiger Wirkung neue Sanktionen gegen Mali verhängt. Dazu gehören die Schließung aller Grenzen zu Mali und das Einfrieren malischer Finanzmittel bei der ECOWAS-Zentralbank. Alle nicht lebenswichtigen Handelsbeziehungen werden unterbrochen und Finanzhilfen gekürzt. Außerdem wurde beschlossen, dass alle Botschafter der ECOWAS-Staaten aus Bamako abgezogen werden. Die ECOWAS fordert die malische Militärregierung auf, den geplanten Wahltermin im Februar 2022 einzuhalten.

## 17. Januar 2022

### **Demonstrationen gegen neue Sanktionen**

Laut Medienberichten sind am 14.01.22 tausende Menschen in Malis Hauptstadt Bamako und in anderen Städten des Landes auf die Straße gegangen, um gegen die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und die westlichen Länder und dabei insbesondere gegen Frankreich zu protestieren. Die ECOWAS hatte am 09.01.22 neue Sanktionen gegen Mali verhängt (vgl. BN v. 10.01.22). Die EU und die USA befürworteten die Sanktionen. Mali

reagierte daraufhin mit eigenen Maßnahmen und zog seine Botschafter aus den ECOWAS-Staaten zurück und schloss seine Grenzen zu den betroffenen Staaten.

## **14. Februar 2022**

### **Aktuelle Entwicklung**

Die Lage in Mali verschlechtert sich zusehends und droht weiter zu eskalieren. Dies betrifft sowohl die innenpolitische Lage als auch den Umgang mit den ausländischen Truppen im Land.

Die Militärregierung unter Assimi Goïta, die im Januar 2022 bekannt gab, die für Februar 2022 vorgesehenen Wahlen um fünf Jahre zu verschieben (vgl. BN v. 03.01.22) legte nun einen Gesetzentwurf vor, der vorsieht, das Amt des Vizepräsidenten abzuschaffen. Kritiker sehen darin eine Festigung der Machtposition von Goïta.

Die Beziehungen zwischen der aktuellen Militärregierung und den westlichen Regierungen, hat sich in den letzten Wochen weiter verschlechtert. Dies betrifft die Verschiebung der Wahlen, die lange bestrittene Ankunft von russischen Söldnern der Wagner-Gruppe sowie Anfang Februar 2022 die Ausweisung des französischen Botschafters und von dänischen Spezialkräften. Weitere Vorfälle folgten, die die Arbeit für die internationalen Truppen in Mali erschweren. Daneben wächst die Unzufriedenheit in der malischen Bevölkerung über die Präsenz der internationalen Truppen und dabei insbesondere der französischen Streitkräfte.

Die EU hat weitere Sanktionen gegen die malische Regierung erlassen. Fünf hochrangige Personen sind mit einem Reiseverbot in die EU belegt und ihr Vermögen ist eingefroren worden.

### **Dschihadisten bei Militäroperationen getötet**

Laut Informationen des französischen Militärs sollen Anfang Februar 2022 bei gemeinsam mit malischen Streitkräften durchgeführten Militäroperationen mindestens 30 mutmaßliche Dschihadisten getötet und zahlreiche Fahrzeuge und Waffen zerstört worden sein. Die Militäraktion fand im Dreiländereck Mali-Niger-Burkina Faso statt.

## **21. Februar 2022**

### **Dschihadisten bei Militäreinsatz getötet**

Laut Berichten der malischen Armee sollen bei einem Militäreinsatz 57 Dschihadisten sowie acht Soldaten getötet und 14 verletzt worden sein. Der Einsatz fand im Norden des Landes statt. Zuvor sollen am 18.02.22 unbekannte Bewaffnete in der Region Archam, die in der Grenzregion zu Burkina Faso und Niger liegt, Regierungstruppen angegriffen haben. Tage zuvor war es in der Gegend zu Gewalt gegen Zivilisten gekommen. Dschihadisten sollen mindestens 40 Zivilisten getötet haben, denen sie vorwarfen, einer rivalisierenden Gruppierung anzugehören.

## **07. März 2022**

### **Soldaten bei Angriff auf Militärstützpunkt getötet**

Laut Informationen der Übergangsregierung kam es am 04.03.22 zu einem schweren Angriff auf einen Militärstützpunkt in der Nähe der Stadt Mondoro, die in der Region Mopti nahe der Grenze zu Burkina Faso liegt. Mindestens 27 Soldaten sollen dabei getötet und 33 weitere zum Teil schwer verletzt worden sein. Sieben Soldaten sollen noch vermisst werden. Bei der anschließenden Verfolgung sollen 70 Terroristen getötet worden sein. Bislang hat sich niemand zu dem Anschlag bekannt. Der Militärstützpunkt in Mondoro war bereits in der Vergangenheit Ziel von einem Angriff gewesen (vgl. BN v. 07.10.19).

## **28. März 2022**

### **Französische Radio- und Fernsehsender verboten**

Die malische Militärregierung hat am 17.03.22 den französischen Sendern Radio France International (RFI) und France 24 ein Sende- und Übertragungsverbot erteilt. Davon seien auch die Onlineplattformen der Sender betroffen. Auslöser für diese Entscheidung seien laut malischer Regierung eine am 14.03. und 15.03.22 ausgestrahlte Reportage des Senders RFI, in der sich u.a. mutmaßliche Opfer von Übergriffen der malischen Armee und der russischen Söldnergruppe Wagner geäußert hatten. Die Regierung wirft dem Sender vor, falsche Informationen über angebliche Menschenrechtsvergehen der malischen Armee zu verbreiten. Die beiden Sender hatten sich auf Berichte von

Human Rights Watch (HRW) und der UN bezogen, die Tage zuvor veröffentlicht worden waren (siehe Beitrag unten).

Die Mediengruppe zu der die beiden Sender gehören, bedauert das Verbot und prüft mögliche Rechtsmittel gegen diese Entscheidung. Die französische Regierung äußerte sich besorgt und sieht einen schweren Verstoß gegen die Pressefreiheit.

### **HRW und UN berichten über Tötung von Zivilisten**

Laut einem von HRW am 15.03.22 veröffentlichten Bericht, sollen seit Dezember 2021 mindestens 107 Zivilisten in Zentral- und Südwestmali getötet worden sein. 71 der Todesfälle konnte HRW mit den malischen Sicherheitskräften und 36 mit mutmaßlichen Dschihadisten in Verbindung bringen. Zu den Opfern gehören Händler, Dorfvorsteher, religiöse Führer und Kinder. Die meisten Opfer sollen hingerichtet worden sein.

Auch die UN berichtet von einer steigenden Zahl an zivilen Opfern im Jahr 2021. 600 Zivilistinnen und Zivilisten sollen in Mali durch Dschihadisten, bewaffnete Milizen und Streitkräfte getötet worden sein. Im zweiten Halbjahr 2021 soll es zu einem Anstieg von 16 % gekommen sein.

## **04. April 2022**

### **Viele Tote bei Militäroperation in der Region Mopti**

Laut Informationen der malischen Armee sollen bei einer Militäroperation in der Region um den Ort Moura, der in der Region Mopti liegt, 203 Menschen getötet und 51 festgenommen worden sein. Nach Angaben der Armee soll es sich bei den getöteten Personen um „Terroristen“ handeln. Bei dem Einsatz im Zeitraum 23.03. bis 31.03.22 sollen auch zahlreiche Waffen und Motorräder beschlagnahmt worden sein. Laut Medienberichten sollen aber auch viele zivile Opfer unter den Toten sein.

Aufgrund des schlechten Zugangs zu den Konfliktgebieten und einem Mangel an unabhängigen Informationsquellen seien die Zahlen aber nur schwer zu überprüfen. Erst Mitte März 2022 hatten Human Rights Watch und die UN von einer steigenden Zahl ziviler Opfern in Mali berichtet (vgl. BN v. 28.03.22).

## **11. April 2022**

### **Mutmaßliches Massaker an Zivilisten**

Wie verschiedene Medien berichten, soll es sich bei den in der zentralmalischen Stadt Moura Ende März 2022 bei einer Militäroperation getöteten Personen nicht, wie von der malischen Regierung bezeichnet, um Terroristen gehandelt haben, sondern um zivile Opfer (vgl. BN v. 04.04.22). Auch soll die Zahl der Opfer deutlich höher liegen. Es wird von bis zu 300 Zivilistinnen und Zivilisten ausgegangen, die vom malischen Militär getötet worden sind. Laut einem Bericht von Human Rights Watch (HRW) sollen auch russische Söldner der „Gruppe Wagner“ an der Ermordung der Zivilistinnen und Zivilisten beteiligt gewesen sein. HRW spricht von der „schlimmsten einzelnen Gräueltat“ in Mali in den vergangenen zehn Jahren. Ein UN-Menschenrechtsexperte forderte eine umfassende und unabhängige Untersuchung der Vorfälle. Die malischen Behörden kündigten an, Ermittlungen aufzunehmen. Die UN plant eine eigene Untersuchung und warte noch auf eine Genehmigung, um Zugang zum Ort Moura zu bekommen. Nach Angaben von diplomatischen Quellen widersetzt sich Russland mit Unterstützung Chinas dem Antrag auf Untersuchung des mutmaßlichen Massakers im UN-Sicherheitsrat.

## **25. April 2022**

### **Mehrere Angriffe auf Militärstützpunkte in Zentralmali**

Laut Informationen des malischen Militärs sind bei drei Angriffen auf Militärstützpunkte in den Orten Sévaré, Bapho und Niono am 24.04.22 sechs Soldaten getötet und mindestens 20 weitere verletzt worden. Bei den Angriffen sollen mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge eingesetzt worden sein. Katiba Macina, eine mit der Terrormiliz al-Qaida verbündete und in Mali aktive islamistische Gruppierung, bekannte sich zu den Anschlägen.

## **16. Mai 2022**

### **Mali steigt aus der Regionalorganisation G5-Sahel aus**

Die malische Militärregierung gab am 15.05.22 bekannt, dass Mali sich aus allen Organen und Instanzen der Regionalorganisation G5-Sahel zurückziehen werde. Weitere Mitgliedsstaaten der G5-Sahel sind Burkina Faso, Mauretanien, Niger und Tschad. Die G5-Sahel war im Jahr 2014 gegründet worden. Im Jahr 2017 wurde die gemeinsame Eingreiftruppe G5 Sahel Joint Force gegründet, deren Ziel die Bekämpfung von Dschihadisten war. Als Begründung für den Rückzug Malis aus der G5-Sahel, nannte die Militärregierung nun, den verwehrteten Vorsitz in der G5-Sahel. Ursprünglich war geplant, dass Mali ab Februar 2022 die Präsidentschaft der G5-Sahel übernehmen sollte.

## **20. Juni 2022**

### **Erneute Gewalt im Norden**

Am 19.06.22 wurden mindestens 20 Zivilpersonen in der Nähe von Gao von bewaffneten Männern getötet. Ein Soldat der UN-Friedensmission starb in Kidal bei einer Minenexplosion. Im Norden des Landes verschlechtert sich die Sicherheitslage weiter. Ein Vertreter der Region Gao beschrieb „eine sehr besorgniserregende Situation in der Stadt Anchawadj“ mit vielen Zivilpersonen, die vor den Erpressungen durch Dschihadisten fliehen. Ein großer Teil der Region Gao und Ménaka sei von Dschihadisten besetzt. Es herrsche allgemeine Panik, sagte eine lokale Behörde gegenüber AFP.

## **27. Juni 2022**

### **Massaker an 132 Zivilpersonen**

Laut einer am 20.06.22 von der Regierung von Bamako veröffentlichten Pressemitteilung wurden in der Nacht vom 18.06. auf den 19.06.22 in den Dörfern Diallassagou, Dianweli und Deguessagou im Kreis Bankass in Zentralmali 132 Zivilpersonen von Katiba-Macina-Kämpfern getötet. Die mit al-Qaida verbundene Katiba Macina bestritt dies in einer Pressemitteilung, die am 24.06.22 von der amerikanischen Nichtregierungsorganisation SITE, die auf die Überwachung radikaler Gruppen spezialisiert ist, authentifiziert wurde. Die malische Armee erklärte am 23.06.22, sie habe nach dem Massaker Luftangriffe gegen Macina-Katiba-Dschihadisten durchgeführt und gab am 24.06.22 bekannt, dass mehr als 60 mutmaßliche Terroristen getötet wurden. Die Militärbehörden entsandten nach dem Massaker eine Delegation in die betroffenen Gebiete. Am 21.06.22 eskortierte Minusma (United Nations Multidimensional Integrated Mission for the Stabilization of Mali) malische Militär- und Verwaltungsbeamte in die Dörfer, um das Ausmaß der Schäden zu begutachten und die Verwundeten zu evakuieren.

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration  
Briefing Notes  
**BN-Redaktion@bamf.bund.de**